

Stand: 22.10.2024 21:14:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1287

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Gemeinde Lindberg (Kap. 12 77 neuer Tit. 883 05)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1287 vom 04.04.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2068 des HA vom 16.04.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 12)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Alexander Flierl, Barbara Becker, Daniel Artmann, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Franc Dierl, Leo Dietz, Dr. Stefan Ebner, Patrick Grossmann, Thomas Holz, Manuel Knoll, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Werner Stieglitz CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Dr. Fabian Mehring, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Gemeinde Lindberg
(Kap. 12 77 neuer Tit. 883 05)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 12 77 wird ein neuer Tit. 883 05 „Zuweisung an die Gemeinde Lindberg“ mit einem Ansatz für das Jahr 2024 in Höhe von 320,0 Tsd. Euro aufgenommen.

Zudem wird folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:

„Die veranschlagten Mittel in Höhe von 320,0 Tsd. Euro sind zweckgebunden für die Beteiligung der Gemeinde Lindberg an den Investitionskosten für bereits getätigte Sanierungsmaßnahmen in der Kläranlage Zwiesel einzusetzen.“

Zur Deckung wird in Kap. 13 02 der Ansatz im Tit. 893 06 für das Jahr 2024 um 320,0 Tsd. Euro gekürzt.

Begründung:

Der Ort Lindberg sowie einige östliche Gemeindeteile leiten das Abwasser in die Kläranlage Zwiesel ein. Die Abrechnung der Investitions- und der Betriebskosten erfolgt auf Grundlage einer Zweckvereinbarung vom 29.9.1980 zwischen der Stadt Zwiesel und der Gemeinde Lindberg. Diese Zweckvereinbarung regelt u. a., dass sich die Gemeinde Lindberg mit 8,34 Prozent an den Investitionskosten für die Kläranlage Zwiesel beteiligen muss. Dieser Wert wurde anhand der angeschlossenen Einwohnerwerte ermittelt. Die Stadt Zwiesel trifft Entscheidungen über Maßnahmen in der Kläranlage Zwiesel alleine in ihrer Zuständigkeit.

Die Stadt Zwiesel hat im Jahr 2021 mit einer grundlegenden Sanierung der Kläranlage begonnen, ohne die Gemeinde Lindberg vorab darüber zu informieren. Die Gemeinde Lindberg hat erst durch einen Pressebericht erfahren, dass die Sanierungsmaßnahmen

bereits angelaufen sind. Um zu erfahren, wie hoch die Investitionskosten sind, hat sich die Gemeinde Lindberg daraufhin an die Stadt Zwiesel gewandt.

Für die Beteiligung der Gemeinde Lindberg an den Investitionskosten wäre grundsätzlich eine Förderung zum Bau von Abwasseranlagen möglich gewesen. Konkret ist sie aber wegen der bereits getätigten Maßnahme ausgeschlossen, da der Baubeginn vor der Antragstellung liegt.

Die bereits vergebenen Baumaßnahmen für die Sanierung der Kläranlage Zwiesel haben einen Auftragswert von rund 5 Mio. Euro. Die erforderliche Beteiligung der Gemeinde Lindberg (8,34 Prozent) liegt demnach bei ca. 417 Tsd. Euro. Die dafür mögliche staatliche Förderung beträgt 290 Tsd. Euro.

Nach Prüfung des Fachressorts bietet die Sach- und Rechtslage keinen Beurteilungs- und Ermessensspielraum für eine Gewährung einer Förderung. Gleichwohl erscheint in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Finanzen und Heimat aus folgenden Gründen eine Ausnahmeregelung möglich:

- Die Gemeinde Lindberg hat im Zusammenhang mit dem Förderverfahren nicht schuldhaft gehandelt. Sie hatte keine Kenntnis von der anstehenden Sanierungsmaßnahme.
- Die Sanierung von Kläranlagen ist mit Blick auf die Abwasserentsorgung von besonderer Bedeutung und daher aus fachlicher Sicht zu unterstützen.
- Die Gemeinde Lindberg ist dringend auf staatliche Fördermittel angewiesen. Sie ist eine der finanzschwächsten Gemeinden in Bayern (Rang 2001 bei der Steuerkraft je Einwohner).
- Der Förderausschluss durch vorzeitigen Maßnahmenbeginn hat den Sinn, Mitnahmeeffekte von Fördermitteln zu verhindern. Wer bereits begonnen hat, zeigt, dass er die Förderung nicht braucht. Dieser Mitnahmeeffekt ist in diesem Ausnahmefall nicht erkennbar, weil weder die Gemeinde Lindberg Kenntnis von der Sanierung hatte, noch sie bislang Zahlungen auf die Investitionsbeteiligung geleistet hat.

Der Gemeinde Lindberg soll daher eine Zuweisung in Höhe von 290,0 Tsd. Euro für die Beteiligung an den Investitionskosten für bereits getätigte Sanierungsmaßnahmen in der Kläranlage Zwiesel gewährt werden. Der Haushaltsansatz berücksichtigt die 10 Prozent-Haushaltssperre und liegt daher bei 320,0 Tsd. Euro.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2068 des HA vom 16.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Barbara Becker

Abg. Dieter Arnold

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Martin Behringer

Abg. Marina Jakob

Abg. Florian von Brunn

Abg. Patrick Friedl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Christian Hierneis

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Alexander Flierl

Staatsminister Thorsten Glauber

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2024/2025

Einzelplan 12

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1241 mit 19/1249)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1250 mit 19/1258)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1259 mit 19/1275)

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/1276, 19/1278 mit 19/1287)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1288 mit 19/1301)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2024/2025; hier: Kampf gegen Algenplage am Altmühlsee (Kap. 12 77 Tit. 783 33) (Drs. 19/2266)

In die Beratung wird der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/2266, der Ihnen vorab elektronisch übermittelt wurde, einbezogen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen für diesen Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren drei Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1243, 19/1246 und 19/1249 namentliche Abstimmung beantragt hat. Über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/2266 erfolgt eine Abstimmung in einfacher Form.

Ich eröffne nun die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Becker von der CSU-Fraktion.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle Ihnen nun kurz den neuen Haushalt für Umwelt und Verbraucherschutz vor. Dabei spielen folgende Gegenstände eine Rolle: ein Kuchen, eine Zahnbürste, ein Hafen, ein Schatz und über 2,4 Milliarden Euro.

Umweltpolitik sichert unsere Lebensgrundlagen Klima, Luft und Wasser. Die CSU nimmt diese wesentlichen Themen in ihrer politischen Verantwortung sehr, sehr ernst. Beim Umwelt- und Verbraucherschutz sprechen wir über einen Gesamtetat von 2,4 Milliarden Euro für diese zwei Jahre. Die CSU legt gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN besonderen Wert auf Naturschutz und Landschaftspflege, Klima- und Hochwasserschutz, Artenschutz, Biodiversität und Tierschutz.

Stellen wir uns diesen Etat als Kuchen vor, dann ist das größte Stück, mehr als 36 %, für Umweltmaßnahmen und Umweltbildung vorgesehen. Lieber Herr Staatsminister, nein, Sie müssen jetzt keinen Kuchen ans Rednerpult bringen; das haben Sie schon im Haushaltsausschuss getan, wahrscheinlich deshalb, weil Ihnen das Bild sehr gut gefallen hat. Ein konkretes Beispiel für Umweltbildung ist der alte Hafen in Marktsteft, ein Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung, mit dem wir es schaffen, Soziales, Wirtschaft und Umwelt gemeinsam zu vermitteln. Ein wunderbares Konzept – nicht nur da, sondern in allen Landkreisen Bayerns.

Insgesamt 480 Millionen Euro werden in Naturschutz und Landschaftspflege investiert. Allein bei der Umwelt stehen insgesamt 215 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen und für die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung.

Ein Zehntel dieses Kuchens steht für das wunderbare Konstrukt des LGL, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, zur Verfügung, in dem crossover geforscht wird. Gesundheits- und Umweltspezialisten gewinnen und veröffentlichen dort wichtige Erkenntnisse. Ein schon älteres Beispiel dafür ist die Erforschung der Frage: Ist eine Bambuszahnbürste wirklich umweltschonender als eine Zahnbürste aus Plastik? – Die Antwort auf diese Frage steht im Bericht des LGL.

Tierschutz, Tiergesundheit, aber auch die Bekämpfung von Tierseuchen und das Veterinärwesen machen knappe 10 % dieses Kuchens aus.

In diesem Doppelhaushalt nimmt das Thema Wasserwirtschaft einen großen Raum ein, nämlich ein Drittel unseres Kuchens im Umfang von 2,4 Milliarden Euro; denn Wasser ist ein Schatz, der Schutz braucht. Wasser ist aber in besonderen Situationen auch eine Gefahr, und diese Gefahr braucht Vorsorge.

Zählen wir alle Investitionen zusammen, hat der Freistaat seit dem Jahr 2001 über 4 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert. Das waren gute Investitionen. Wir sehen das an der aktuellen Hochwasserkatastrophe. Die Soforthilfen für die Geschädigten der letzten Tage in Höhe von 100 Millionen Euro werden hoffentlich einen Teil der Not lindern. Auch wenn es gestern schon gesagt worden ist: Wir können uns nicht genug bei den Helferinnen und Helfern bedanken, die ihre Freizeit und ihre Kraft zur Verfügung gestellt haben, um die vom Hochwasser Betroffenen zu unterstützen. Natürlich müssen wir gemeinsam die Themen Wassermanagement und Hochwasserschutz voranbringen. Leider hat das nicht nur mit Geld zu tun, sondern auch mit personellen Ressourcen und der Akzeptanz der Lösungen.

Das Bayerische Gewässer-Aktionsprogramm umfasst neben Investitionen in den Hochwasserschutz auch damit kombinierte Maßnahmen zur Verbesserung der Ge-

wässerökologie. Insgesamt werden hier Investitionen in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr ermöglicht. Wasserleitungen sind wie Arterien unserer Gesellschaft. Für den Bau und die Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen – die RZWas werden allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern etwas sagen – sind in beiden Haushaltsjahren die Rekordsummen von je 180 Millionen Euro veranschlagt. Trotzdem könnte es natürlich immer noch mehr sein.

In die Wasserwirtschaft investieren wir zusätzlich 15,4 Millionen Euro, um unser Grundwassermessstellennetz auszubauen. Wir messen quasi dem Grundwasser den Blutdruck. Ich weiß, dass bei diesem Thema vielen Landwirten der Blutdruck steigt. Bei einigen Messstellen werden sich die Spezialisten noch einmal ansehen müssen, ob sie wirklich geeignet sind.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU und die FREIEN WÄHLER wollen dafür sorgen, dass Bayern resilient bleibt und für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet ist. Das geht nur gemeinsam. Vielen Dank für die Zusammenarbeit. Ich danke auch unserem Umweltminister Thorsten Glauber, der wahrlich keinen leichten Job hat. Ich danke auch dem Vorsitzenden Alexander Flierl und den Kolleginnen und Kollegen aus dem Umweltausschuss für ihren Einsatz und ihre Gestaltungskraft. Ich danke schließlich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss für die wirklich gute und entspannte Zusammenarbeit. Mein besonderer Dank richtet sich an alle, die sich in Bayern für Umwelt- und Verbraucherschutz einsetzen; denn ohne sie wären das alles nur Zahlen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dieter Arnold von der AfD-Fraktion.

Dieter Arnold (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürger und Besucher! Ich komme direkt zur Sache: Der neue Haushaltsentwurf enthüllt die Realitätsferne der Staatsregierung auf eindrucksvolle Weise. Während unsere Bürger jeden Euro zweimal umdrehen müssen, verschleudert diese Regierung Steuergeld, als gäbe es kein Morgen. Die Besessenheit, Hunderte Millionen Euro in dubiose Klimaexperimente zu pumpen, ignoriert nicht nur die eigentlichen Bedürfnisse der Menschen in Bayern, sondern zeigt auch die erschreckende Ignoranz gegenüber denen, die das Geld erwirtschaften, und widerspricht jeglicher wirtschaftlichen Vernunft. Nicht genug, dass die Maßnahmen ineffizient sind, sie lassen sich in ihrem Erfolg nicht einmal messen. Unsere wiederholten Anfragen haben gezeigt, dass die Staatsregierung selbst nicht darlegen kann, was ihre Klimaaktionen konkret bewirken. Weder die globale CO₂-Konzentration noch die angeblich verhinderte Erderwärmung lassen sich beziffern. Fakt ist: Nichts ist belegbar.

Trotz dieser kläglichen Bilanz der Klimapolitik drängt die Regierung weiterhin auf neue Abgaben wie zum Beispiel den Wassercent. Dies ist ein weiterer unverschämter Versuch, den Bürgern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, ohne jegliche Rücksicht auf Vernunft und Verhältnismäßigkeit.

(Beifall bei der AfD)

Egal, was passiert, der menschengemachte Klimawandel ist schuld und muss bekämpft werden. Das Ganze erinnert an ein Kasperltheater.

(Beifall bei der AfD)

Im Sinne des vermeintlichen Umweltschutzes hat es die Ampel-Regierung tatsächlich geschafft, unsere einzige sichere und zuverlässige Energiequelle abzuschaffen. Keines unserer sicheren Atomkraftwerke läuft mehr. Was ist die Folge davon? – Die Energiepreise sind in den letzten Jahren durch die Decke gegangen. Es gibt Menschen, die sich den Klimawandel finanziell nicht mehr leisten können und die schon lange an

ihren Belastungsgrenzen angekommen sind, aber das verstehen manche Politiker hier anscheinend nicht, da sie eindeutig zu viel Geld verdienen.

Die Reduktion von Treibhausgasen in Bayern bewirkt ausschließlich eines: das nachhaltige Abwandern unserer Industrie und unserer Arbeitsplätze.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie es mich klarstellen: Dieser politische Klimawahn ist keine Lösung, sondern treibt die Industrie in die Flucht. Die Kosten dafür zahlen nicht Sie, sondern die hart arbeitenden Mitbürger in unserem Land, deren Kinder, Zukunft, Wohlstand und Sicherheit Sie immer weiter gefährden. Leider muss man den Wirtschaftslaien hier offenbar auch ab und zu erklären, was eine Insolvenz ist. Man hört nicht nur auf zu produzieren. Insolvenz kommt aus dem Lateinischen und bezeichnet die Situation, dass jemand seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Ich habe lange im Insolvenzgeschäft gearbeitet. Mir muss keiner mehr erzählen, wie es ist, wenn Menschen mit Tränen in den Augen dastehen und sehen, dass ihr Lebenswerk kaputtgegangen ist.

(Beifall bei der AfD)

Traumtänzereien sind bei solch exorbitanten Themen, bei denen Arbeitsplätze und Existenzen auf dem Spiel stehen, nicht angesagt!

(Zuruf)

– Ist egal, Sie kapieren es dann schon irgendwann einmal, wenn es hier kein Pulver mehr gibt.

Warum kommt es überhaupt zu solch katastrophalen Überschwemmungen wie gerade jetzt in Bayern? Der Grund liegt darin, dass die Staatsregierung auf schier unbezahlbare Flutpolder setzt, anstatt sich vermehrt für den Bau von Hochwasserdeichen starkzumachen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

In Baden-Württemberg hat man auf Flutpolder verzichtet und die Deiche einfach leicht erhöht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die sind, glaube ich, auch untergegangen!)

Flutpolder brauchen riesige Flächen, um die Pegel um nur wenige Zentimeter zu senken, und das in einem beschränkten Umkreis, meine Damen und Herren. Ein Flutpolder in Regensburg hat also keinerlei Auswirkungen auf die Pegelstände in Passau oder umgekehrt! Es ist endlich schnelles Handeln durch eine konsequente Unterstützung unserer Kommunen gefragt; denn vor Ort weiß man am besten, wie Hochwasserschutz gelingt und am kostengünstigsten umgesetzt werden kann.

Weiter im Klimawahn: Die Vertreter der anderen Parteien sprechen vom Erholungsgebiet Wald, und was passiert? Überall werden gesunde Bäume, die tatsächlich in der Lage sind, CO₂ in Sauerstoff umzuwandeln, gerodet und dann Windräder aufgestellt.

(Beifall bei der AfD)

Diese Windräder können aber nur Strom produzieren, wenn der Wind weht. Ich erinnere an den Windkalender, den jeder lesen kann. Dieser ist auch einsehbar.

(Martin Wagle (CSU): Kalender?)

– Ja, den gibt es. Sehen Sie, jetzt haben Sie schon wieder etwas dazugelernt. Hören Sie einfach zu. Das wird schon noch.

(Tim Pargent (GRÜNE): Windatlas! Windkalender kenne ich nicht!)

– Das ist egal. Es gibt auch einen Windkalender. Der Wind darf natürlich nicht zu stark und nicht zu schwach wehen, weil es nur ein gewisses Fenster gibt, in dem Strom produziert wird, was dann den Betrieb eigentlich erst sinnvoll macht. Dafür, dass nur geringe Mengen CO₂ eingespart werden, sind viele gesunde Bäume geopfert worden

und eine nicht unerhebliche Fläche durch Anfahrten bzw. Fundamente versiegelt worden. Ihre Windräder brauchen bei 250 Metern Höhe 1.800 Tonnen Beton!

(Martin Wagle (CSU): Jetzt müssen wir in den Kalender schauen!)

Wo dieser herkommt und dass Zement relativ energieintensiv in der Herstellung ist, interessiert dabei gar nicht. Das passt schon. Dies ist genau die Ignoranz, die ich hören wollte.

(Zurufe)

Warum lehnen Sie unsere Änderungsanträge zur Streichung des Treibhausgasausgleichs ab und zahlen für CO₂-Zertifikate? Wo sollen die Zahlungen hinführen? Was sollen sie bewirken? Wird dadurch weniger CO₂ ausgestoßen? Dies ist nur eine Art sozialistischer Umverteilung von Geldern. Wir zahlen uns hier mit solchen CO₂-Abgaben dumm und dämlich, während in China und Indien ein Drittel des weltweiten CO₂ produziert wird und ständig neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Es ist klar, dass man mit unseren Ressourcen anders und sparsam umgehen muss, aber Ihre Art von Umweltschutz ist zum Großteil nichts anderes als Verschwendung von Steuergeld.

Insgesamt halten wir den Haushalt im Bereich Umwelt- und Verbraucherschutz für völlig überzogen. Viele der dortigen Ausgaben sind nur noch durch eine ideologische Verblendung erklärbar, aber nicht durch zwingende Notwendigkeit. Die wirklich notwendigen Ausgaben und Maßnahmen können Sie unseren Änderungsanträgen entnehmen. Lesen macht glücklich!

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Jungbauer von der CSU-Fraktion.

Björn Jungbauer (CSU): Werter Herr Kollege Arnold, Sie haben gerade davon gesprochen, dass es manche Politiker hier im Raum gäbe, die das nicht verstünden, weil sie zu viel Geld verdienen. Haben Sie damit Ihren Kollegen Halemba gemeint, der nicht mehr anwesend ist und Geld erhält?

Dieter Arnold (AfD): Jetzt machen Sie sich bitte nicht lächerlich. Das Thema ist viel zu wichtig, als dass wir uns hier darüber lustig machen sollten.

(Zurufe: Oh! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie sind der Kasperl im Kasperltheater!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Martin Behringer von den FREIEN WÄHLERN.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Ja, Herr Arnold, ich hätte mir eine Antwort von Ihnen erwartet, aber anscheinend sind Sie dazu nicht fähig. Zudem sprechen Sie davon, wie viel Grund die Windräder verbrauchen, aber Sie haben noch nie gesagt, wie viel ein Atommüllendlager entsprechend an Grund verbraucht. Erklären Sie uns dies bitte einmal! Sie sprechen immer von Atomkraftwerken, die Sie wollen. Dann sagen Sie uns bitte einmal, was verbraucht bzw. gebraucht wird, um diesen absolut giftigen und gefährlichen Müll endzulagern. Wo machen Sie das dann bzw. wie viel Grund wird dafür verbraucht?

Dieter Arnold (AfD): Darf ich?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ja, bitte.

Dieter Arnold (AfD): Es ist schon witzig. Dies ist genau die gleiche Debatte wie bei Alkohol und Cannabis. Wenn man ein Problem hat, schafft man ein zweites dazu.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Hä?)

Das Entscheidende für mich ist: Die Endlager sind vorhanden. Durch neue Techniken können wir, sage ich jetzt einmal – –

(Zurufe: Wo?)

Bei uns in Deutschland gibt es definitiv End- oder Zwischenlager.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Warum soll man das Problem mit der Kernkraft oder den Brennstäben nicht mit neuen Technologien lösen?

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte etwas Ruhe und dem Redner zuhören!

Dieter Arnold (AfD): Mittlerweile ist alles technologisch lösbar, aber wie gesagt: Der neue Weg der Windräder ist der falsche Weg. Sie wollen das nur nicht eingestehen und es nicht wahrhaben.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Marina Jakob von den FREIEN WÄHLERN.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Arnold, Sie haben gesagt, Lesen macht glücklich. Ich würde Ihnen empfehlen, sich mit echter Wissenschaft zu beschäftigen, weil Sie dann richtige, fachkundige Worte von sich geben würden. Sie haben jetzt neun Minuten lang uns und die Bevölkerung mit Unwahrheiten und mit Lügen versorgt. Ich weiß gar nicht, warum wir uns das jede Woche hier wieder antun müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommen wir zu den wirklich wichtigen Dingen unserer Zeit, und zwar zum Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums. Wir haben die Aufgaben unserer Zeit erkannt und wissen, was wirklich wichtig ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Haushalt für die nächsten zwei Jahre sind pro Jahr über 1,2 Milliarden Euro veranschlagt. Das macht ein Plus allein für das nächste Jahr von 4,1 %. Wir wissen, was wichtig: Das ist Klima- und Umweltschutz in den nächsten Jahren.

Aber nicht nur Klima- und Umweltschutz sind wichtig, sondern auch der Hochwasserschutz, was uns allen das vergangene Wochenende wieder gezeigt hat. Wir haben seit 2001 über 4 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert, und bis 2030 werden weitere 2 Milliarden Euro folgen. Aktuell kursieren im Internet Fake News, die vor allem von der SPD-Fraktion kommen, die Bayerische Staatsregierung würde Mittel für den Hochwasserschutz streichen.

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt überhaupt nicht!)

– Dann lesen Sie mal! Sie behaupten kontinuierlich, wir wollten statt zehn nur noch neun Polder bauen. Wir haben aus zehn neun Polder gemacht, haben dafür aber einen vergrößert.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel!)

– Nein, das muss ich nicht trennen. Das ist genau der Fall. Wir haben nie Mittel für den Hochwasserschutz gekürzt. Wir werden die Polder bauen und tun das bereits.

Was wichtig ist: Wir müssen weiterhin ganz intensiv am Ausbau des dezentralen Hochwasserschutzes arbeiten. Kein einziger dieser Polder entlang der Donau hätte uns bei diesem Hochwasser, das vor allem an den kleinen Flüssen –

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt doch überhaupt nicht!)

– Natürlich stimmt das. – zweiter und dritter Ordnung aufgetreten ist, geholfen. Günzburg, meine Heimat Achsheim wäre mit einem Polder in Ingolstadt trotzdem überschwemmt worden.

(Florian von Brunn (SPD): In Leipheim!)

Wir brauchen dezentralen Hochwasserschutz zusammen mit den Poldern; dann wird daraus ein Gesamtkonzept, mit dem wir für die Zukunft gut aufgestellt sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

An dieser Stelle möchte ich mich bei unserem Umweltminister Thorsten Glauber bedanken. Er war in den letzten Tagen in den Gebieten unterwegs und hat sich angeschaut, was im Hochwasserschutz funktioniert und wo wir eventuell noch nachsteuern müssen. Das ist wahrlich keine einfache Aufgabe, um den Hochwasserschutz in den nächsten Jahren auf einen guten Weg zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Haushalt umfasst aber noch mehr wichtige Punkte; auf einige davon möchte ich jetzt eingehen, vor allem auf die roten Gebiete nach der Düngeverordnung. Die Düngeverordnung, die uns der Bund auferlegt hat, ist eine massive Belastung für unsere Landwirte. Das Umweltministerium fungiert hier nur als vollziehende Behörde. Wir schaffen es aber, die Anzahl der Messstellen, die wir zugesagt haben – 1.500 an der Zahl –, fristgerecht fertigzustellen, um das Messstellennetz zu erweitern und den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Dafür sind 17,5 Millionen Euro für dieses Jahr veranschlagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Fraktion der FREIEN WÄHLER liegt das Handwerk ganz besonders am Herzen. Es freut uns, dass wir Mitte des letzten Jahres endlich die Genehmigung von der EU erhalten haben, auch unsere kleinen Metzgereien zu stärken, indem die Fleischhygienegebühren für kleine Schlachtstätten vereinheitlicht werden: 7 Euro für ein Schwein und 14 Euro für ein Rind sind kalkulierbare Gebühren für die kleinen Schlachtstätten. Unsere bayerischen handwerklichen Kleinmetzgereien werden dadurch massiv entlastet. Dafür werden im Haushalt knapp 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir unterstützen unsere Landwirte und Jäger bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest, die uns nach wie vor stark beschäftigt. Dafür sind 9,3 Millionen Euro für dieses Jahr im Haushalt angesetzt. Die ASP ist eine massive Belastung für unsere Landwirte. Wir danken den Jägern für ihren Einsatz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Auch der Verbraucherschutz kommt nicht zu kurz. Heuer knacken wir zum ersten Mal die 10-Millionen-Euro-Marke. Reparatur-Cafés werden besonders gestärkt und unterstützt. Das ist eine ganz tolle Einrichtung, ein nachhaltiges und soziales Erfolgskonzept. Menschen werden dadurch zusammengeführt, die dort kaputte Gegenstände in Kleingruppen reparieren und gemeinsam an einem Projekt arbeiten. Das ist sozial und nachhaltig und jeden Cent wert, den wir hierfür ausgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für den Umweltbereich sind über 160 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt. Beispielhaft möchte ich das Vertragsnaturschutzprogramm nennen. 160.000 Hektar, 28.000 Betriebe profitieren davon. Es ist eine Erfolgsgeschichte, die wir mit 60,5 Millionen Euro in Bayern fortführen. In Bayern ist einzigartig, dass wir die Flächen zusammen mit unseren Landwirten schützen.

Das Streuobstpaket wird ebenfalls weiter ausgebaut und gestärkt. Das fördert unsere Artenvielfalt. Wir wollen bis 2035 1 Million Streuobstbäume zusätzlich in unserem schönen Bayern anpflanzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für die Klimapolitik werden fast 100 Millionen Euro pro Jahr aufgewendet, um unser Land auf den Klimawandel vorzubereiten. Wir fördern zum Beispiel Photovoltaikanlagen auf den Dächern staatlicher Gebäude. Wir fördern den kommunalen Klimaschutz.

Wir fördern die Umweltinitiative "Stadt.Land.Klima!". Mir persönlich ist ganz wichtig: Wir renaturieren die Moore, und zwar mit unseren Landwirten. Wir wollen, dass die Landwirte ihre Flächen für die Renaturierung der Moore bereitstellen. Wir wollen auch, dass die Paludikulturen auf dem Markt ein wirtschaftliches Ergebnis erzielen. Wir wollen nicht, dass sie dauerhaft von unseren staatlichen Förderungen abhängig sind, sondern wir wollen, dass auch mit dem Anbau von Paludikulturen ein Einkommen in der Landwirtschaft erzielt werden kann; denn nur dann haben wir die Landwirte dauerhaft an unserer Seite, wenn es darum geht, Moorschutz und Klimaschutz zugleich zu leben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zum Schluss möchte ich noch auf die Umwelttechnologien zu sprechen kommen, für die 1 Million Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Über 300.000 Euro davon gehen zusätzlich an das bifa Umweltinstitut in meiner Heimat Augsburg. Dort wird genau das gemacht, was wir in unserer Zeit brauchen: angewandte Umweltforschung für die Praxis, die sofort anwendbar ist.

Sie sehen also: Der Haushalt des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz führt alles auf: Klimaschutz, Naturschutz, Umweltschutz. Wir haben das große Ganze im Blick, die Herausforderungen unserer Zeit. Ich glaube, mit diesem Haushalt sind wir für die nächsten zwei Jahre gut aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor, die erste vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Florian von Brunn. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Verehrte Kollegin Jakob, ich will noch mal auf Günzburg zu sprechen kommen. Das wurde auch gestern schon gesagt. Ich glaube, Sie sind da einfach falsch informiert. Wir hatten das Donauhochwasser. Sie wissen vielleicht auch,

dass eigentlich ein Flutpolder Leipheim vorgesehen ist; der hätte natürlich sehr wohl eine entlastende Wirkung auf Günzburg. Die Situation an der Günz war so – ich habe heute mit dem Oberbürgermeister telefoniert –, dass durch das Donauhochwasser das Wasser in die Günz zurückgestaut wurde. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Flutpolder Leipheim hier für Entlastung gesorgt hätte. Das unterstreicht für mich die Notwendigkeit, diese Flutpolder jetzt schnell, und zwar schneller, als bisher geplant, auszubauen. Die verstrichene Zeit ist viel zu lang.

Die Äußerung von Hubert Aiwanger, Flutpolder hätten in dieser Situation nichts gebracht, sollte man besser nicht wiederholen. Das halte ich für Fake News.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie wissen, dass Flutpolder dafür gebaut werden, um die Spitze der Welle zu kappen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Das heißt, es geht um 3 bis 8 Zentimeter, die man mit dem Öffnen eines Flutpolders kappen kann.

(Florian von Brunn (SPD): 10 %!)

Das hätte Günzburg minimal geholfen, aber nicht die Katastrophe in der Unterstadt verhindert.

Natürlich müssen wir die geplanten Polder nacheinander bauen. Daran halten wir auch fest. Das ist gar keine Frage. Polder wären aber nicht die Problemlösung für alles hier gewesen, wie es von den Medien und auch von Ihnen hier kommuniziert worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Patrick Friedl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Jakob, Sie haben angesprochen, dass dem dezentralen Hochwasserschutz zunehmend Beachtung zu schenken ist. Am besten wäre es natürlich, wir hätten nicht die zunehmenden Starkregensituationen. Das ist aber so, und solche Ereignisse werden massiver werden. Das haben Sie auch beschrieben. Deswegen meine Frage: Welche zusätzlichen Mittel stehen denn in diesem Umwelthaushalt für den dezentralen – wir nennen es auch ökologischen – Hochwasserschutz zur Verfügung? Was kam wirklich zusätzlich dazu? Was haben Sie angesichts der aktuellen Hochwasserlage dabei erreicht, dass zusätzliche Mittel in den Haushalt aufgenommen wurden? – Wir befinden uns mitten in den Haushaltsberatungen. Es gab Nachtragsanträge. Was ist gekommen? – Ich habe nichts gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Für den Hochwasserschutz der nächsten Jahre werden es 3 und 4 Millionen Euro mehr sein. Natürlich müssen wir das weiter ausbauen und beschleunigen. Die Gelder werden abgerufen. Wir sind dabei. Wir gehen damit einen guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Wir haben auch noch wichtige andere staatliche Aufgaben, die wir zu erfüllen haben.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die letzte Zwischenbemerkung, zu der mir eine Meldung vorliegt, kommt von Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzte Frau Jakob von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben geflissentlich nicht erwähnt – wir befinden uns im Bereich Umwelt –, dass die Windkraftanlagen in die letzten Naturschutzgebiete und in die staatlichen Forsten gebaut werden. Das geschieht übrigens auf Initiative von Herrn Aiwanger, der jetzt leider bei dieser Diskussion nicht da ist. Vielleicht interessiert es ihn auch nicht. Herr Minister Glauber ist aber dafür verantwortlich. Die Windräder werden in die letzten intakten

Wälder gebaut, wo der Wind eingreifen kann. Herr Kollege Arnold hat es eben schon gesagt, was wir alles an Beton und Stahl dort hineinvestieren müssen. Das sind auch natürliche Ressourcen. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Zwar haben Sie das Wort "Artenvielfalt" erwähnt, aber Sie haben nicht erwähnt, was das für die Artenvielfalt im Negativen bedeutet. Dazu zählt der Verlust von Vögeln. In Deutschland sind es jedes Jahr 200.000 Individuen – zum Beispiel Fledermäuse. Sie alle stehen auf der Roten Liste. Ich nenne das Stichwort "Bienensterben".

(Unruhe)

Die Artenvielfalt bei den Insekten nimmt gerade durch Ihre Windräder gravierend ab.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sie stellen sich hierhin und sagen kein Wort dazu.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, jedes Mal, wenn ich am Pult stehe, führen wir die gleiche Diskussion. Ich lasse mich wieder als Katzenmörderin hinstellen. Ich werde wieder sagen, dass die Katze der größte Feind des Vogels ist und nicht das Windrad.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich lade Sie gerne ein. Wir können uns gemeinsam eine Windkraftanlage anschauen. Schauen Sie sich an, was sich unter der Windkraftanlage für ein Kleinbiotop entwickelt. Zwar werden ein paar Bäume gefällt, aber diese werden in der ganz normalen Waldbewirtschaftung auch gefällt. Oft bleiben Nassflächen zurück. Das ist eine hervorragende Fläche im Wald für neue Arten, die sich dort ansiedeln können. Lesen Sie sich einmal Studien durch. Es gibt ganz viele Vögel, die sich dort wieder ansiedeln, weil dort eine Windkraftanlage steht. Der Rote Milan kommt beispielsweise, nachdem dort eine Windkraftanlage steht. Das sind keine Fake News. Schauen Sie sich das an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN – Florian Streibl
(FREIE WÄHLER): Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Hierneis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche vor allem zu dem Antrag auf der Drucksache 19/1249. Für Regenereignisse wie das vom vergangenen Wochenende werden wir vermutlich niemals so ausreichende Maßnahmen treffen können, dass gar keine Schäden mehr entstehen. Aber wir können die Folgen deutlich abmildern. Alle Prognosen sagen solche Wetterextreme seit Langem voraus. Seit Langem wissen wir also, dass so etwas immer und überall auftreten kann. Deshalb müssen wir handeln. Mit unserem Antrag wollen wir, dass flächendeckend eine wassersensible Landschafts- und Stadtentwicklung umgesetzt wird. Dazu gehört der ökologische Hochwasserschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bedeutet, dass wir Wasserrückhalteflächen in unserer Landschaft brauchen, die bei Stark- und Dauerregenereignissen das Wasser zurückhalten. Wir brauchen die Renaturierung von Flüssen und die Renaturierung von Auen und Mooren, die aus unserer Sicht lange nicht so gut und weit vorangeschritten sind, wie Sie es gerade gesagt haben, Frau Jakob. Wir brauchen mehr Landschaftsstrukturen. Dazu zählen Hecken in der Landschaft oder anderes, was Wasser aufhalten kann. Wir brauchen deutlich weniger Versiegelung und weitere Maßnahmen, die für Wasserrückhalt sorgen, vor Hochwasser schützen und für Trockenzeiten vorsorgen. Wir brauchen somit Schwammlandschaften. Wir brauchen davon deutlich mehr, als es bisher gibt. Für unsere Dörfer und Städte brauchen wir das Schwammstadt-Prinzip. Viel von dem hat die Staatsregierung und insbesondere das Umweltministerium in Papiere geschrieben. Das hat sie bei allen möglichen Regierungserklärungen und Reden auch immer wieder herausposaunt. Bei der Umsetzung spielen Sie dann doch eher die Triangel.

Ja, wir brauchen beides, ökologischen und auch technischen Hochwasserschutz. Die Gelder, die Sie im Haushalt für Hochwasserschutz eingestellt haben, fließen zum überwiegenden Teil in den technischen Hochwasserschutz. Damit schützen Sie einzelne Orte, wenn es denn klappt, aber nicht die gesamte Fläche. Meistens regnet es nicht dort, wo der technische Hochwasserschutz installiert ist. Stattdessen regnet es 50, 100 oder 200 Kilometer entfernt. Wir müssen dort, wo der Regen draußen in der Landschaft vom Himmel fällt, so viel Wasser wie möglich in der Landschaft halten, bevor es erst in die Bäche, dann in die Dörfer und schließlich quer durch Bayern fließt und überall Schäden anrichtet. Wenn das Wasser dann doch in den Bächen und Flüssen landet, brauchen wir Überschwemmungsflächen im nicht bebauten Bereich. Dafür müssen wir unsere Bäche und Flüsse renaturieren und aufweiten, wo immer es möglich ist – Breitwasser statt Hochwasser.

Selbstverständlich brauchen wir auch technischen Hochwasserschutz, aber nicht nur im Großen, sondern vor allem auch im Kleinen, in den Kommunen. So schaut die Strategie aus. In Mering, in Kissing, an der Zusam, an der Wertach helfen die Maßnahmen an der Donau nicht. Dort brauchen wir dezentralen Hochwasserschutz. Für all das brauchen wir im Übrigen auch deutlich mehr Personal an den Wasserwirtschaftsämtern und keinen weiteren Stellenabbau, wie Sie ihn seit Jahren betreiben. Wir haben 1.000 Stellen weniger als vor 30 Jahren an den Wasserwirtschaftsämtern.

Stimmen Sie somit unserem Änderungsantrag zu. Er hilft bei Hochwasser und bei Wassermangel. Beides werden wir vermehrt erleben. Wir können etwas dagegen tun, 60 Millionen Euro in diesem Jahr und 120 Millionen Euro im nächsten Jahr. Das wäre doch ein Anfang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Anna Rasehorn von der SPD-Fraktion.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Minister, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Vor 25 Jahren hat das Pfingsthochwasser meinen ganzen Stadtteil überschwemmt. Damals war ich gerade sieben Jahre alt. In meinem Elternhaus ist der ganze Keller vollgelaufen. Damals war das eine Katastrophe. Diese schlimmen Erfahrungen machen gerade leider auch viele Bayer:innen. Die zahlreichen und verheerenden Überflutungen der letzten Tage haben uns drastisch vor Augen geführt – auch wenn Sie das dort drüben nicht verstehen –, dass Maßnahmen zum Umweltschutz keine politische Beliebigkeit sind, sondern eine dringende Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Verharren in veralteten Denkmustern verzögert die Umsetzung. Dabei brauchen wir dringend präventiven Umweltschutz und effektive Maßnahmen, wenn wir die Auswirkungen des Klimawandels jetzt bekämpfen und weiteren Katastrophen vorbeugen wollen. Umweltschutz ist nämlich nicht verhandelbar. An dieser Stelle müssen wir schneller werden. Vor 25 Jahren haben wir angefangen, die Wertach zu renaturieren. Jetzt bin ich erwachsen und habe ein eigenes Kind, und die Baumaßnahmen sind leider immer noch nicht fertig. Ich glaube, wir müssen wirklich schneller werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein zentrales Anliegen unserer Fraktion ist die Einführung des Wassercent, für den wir einen eigenen Einnahmetitel schaffen konnten. Die steigenden Dürre- und Trockenperioden machen einen nachhaltigen Umgang mit unserer wertvollsten Ressource, dem Wasser, umso wichtiger. Wir sind davon überzeugt, dass diese Maßnahme ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Verschmutzung und den übermäßigen Verbrauch von Wasser ist. Das haben uns die Experten bei der Trinkwasser-Anhörung im Umweltausschuss – vielen Dank an den Umweltausschuss – bestätigt.

Der Wassercent – das ist vor allem für uns als SPD wichtig – ist auch eine Verteilungsfrage. Damit wird auch die privatwirtschaftliche Entnahme geregelt. Wir alle kennen

die Schreckensbilder von Nestlé, die in Spanien und Afrika Grundwasser abpumpen. Aldi Nord hat jetzt Grundwasserbrunnen im Altmühltal gebaut. An dieser Stelle müssen wir uns schon fragen: Wollen wir das? Liebe CSU, liebe FREIE WÄHLER, ihr habt den Wassercent im letzten Koalitionsvertrag und auch in diesem Koalitionsvertrag verankert. Wir haben jetzt die Haushaltsstelle geschaffen. Deshalb freuen wir uns darauf, im kommenden Jahr über den Wassercent zu reden und diesen einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Neben dem bewussten Umgang mit Wasser ist es wichtig, dass wir das Wasser in der Erde binden und dem Boden ermöglichen, dieses Wasser aufzunehmen. Wir haben gerade erlebt, dass das Menschenleben retten kann. Hier müssen wir an einem Strang ziehen: Landwirtschaft, Umweltschutzverbände, Forstwirtschaft, Ernährung, Wirtschaft, die Bürger:innen und die Politik gemeinsam. Deshalb verwundert es uns sehr, dass beispielsweise die Umsetzung des Moorschutzes und die Wiedervernäsung landwirtschaftlicher Flächen mit so wenig Nachdruck betrieben werden. Ich erinnere mich an unsere Anträge, mit denen wir mehr Mittel für den Moorschutz im Staatswald gefordert haben. Für die Agroforst- und Agri-PV-Systeme und die Paludikulturen müssen wir definitiv ein besseres Bewusstsein schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Auch in unseren Kommunen müssen wir Flächen entsiegeln, die richtigen Bäume pflanzen, und die Kommunen müssen neue Wege als Schwammkommunen gehen; denn jeder Euro, der präventiv eingesetzt wird, den sparen wir bei den Ausgaben. Wir müssen nur sehen, wie viele Unterstützungsleistungen wir jetzt brauchen und welche Gesundheitskosten durch negative Umwelteinflüsse auf uns zukommen. Dann sparen wir jeden Cent, den wir jetzt investieren, an anderer Stelle. Handeln wir deswegen endlich!

(Beifall bei der SPD)

Ebenso wichtig sind der Schutz und die Versorgung unserer Tiere. Wir sind zutiefst besorgt über die unzureichende Finanzierung der Tierheime, die stets überfüllt sind und viele unserer Aufgaben als Freistaat übernehmen. Deswegen ist es inakzeptabel, dass wir die Tierheime an ihre Kapazitätsgrenzen bringen und dann auch noch ihre Gelder kürzen. Das ist wirklich unerhört.

(Beifall bei der SPD)

Es ist an der Zeit, dass wir den Tierschutz ernst nehmen und die notwendigen Mittel bereitstellen, um die Tierheime angemessen auszustatten und die Versorgung der Tiere sicherzustellen. Tiere sind schutzbedürftige Lebewesen, die ein Recht auf ein würdevolles Leben haben und nicht vernachlässigt werden dürfen.

(Zuruf von der AfD: Auch die Rotmilane!)

Die letzten Tage haben gezeigt: Es ist nicht mehr fünf Minuten vor zwölf – bei denen da drüben schon –, sondern nur noch ein paar Sekunden vor zwölf. Aber davon sieht man in diesem Haushalt nicht viel, und deswegen können Sie sich überraschen lassen, wie wir abstimmen werden. – Vielen lieben Dank für eure Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigung, es liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Nolte von der AfD vor. Sie ist gerade reingekommen, war aber noch pünktlich.

Benjamin Nolte (AfD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie hatten das Thema Tierschutz angesprochen. Wie stehen Sie denn da zum betäubungslosen Schächten? Das würde mich mal interessieren.

(Unruhe und Widerspruch bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Lieber Gott, schmeiß Hirn vom Himmel!)

Anna Rasehorn (SPD): Ich bin erstaunt, dass Sie immer wieder dieses Thema angreifen. Ich glaube, wir haben das juristisch und rechtlich hier genau geklärt. Wie gesagt, das können Sie gerne nachschauen. Ich glaube, dafür müssen wir die Zeit jetzt nicht schon wieder verschwenden.

(Beifall bei der SPD – Unruhe und Widerspruch bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Alexander Flierl für die CSU-Fraktion. Bitte.

Alexander Flierl (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute nicht nur den Haushalt für die kommenden zwei Jahre, sondern wir ringen auch um die entscheidenden Zukunftsthemen in den nächsten zwei Jahren, die durch Zahlen und auch die entsprechenden finanziellen Mittel in diesem Doppelhaushalt untermauert werden. Ich möchte zwei zentrale Blöcke herausgreifen, die für unsere Heimat und für ihre Menschen von existenzieller Bedeutung sind.

Das ist zum einen der Natur-, Klima- und Umweltschutz und natürlich zum anderen das Megathema Wasser. Für uns als die die Regierung stützenden Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER ist das eigentlich eine Selbstverständlichkeit, weil wir das immer mit zum Hauptthema unserer Umweltpolitik machen. Aber ich glaube, gerade in den letzten Tagen ist uns wieder eindringlich vor Augen geführt worden, wie wichtig dieses Thema ist und wie gut es auch war, dass wir seit jeher hier entsprechend investiert haben.

Zum ersten großen Block des Natur-, Klima- und Umweltschutzes, des Erhalts unserer Schöpfung: Die Schönheit unserer Landschaft, der Reiz unserer Natur ist ein hohes Gut. Für dieses Geschenk, das uns gegeben worden ist, tragen wir eine gesteigerte Verantwortung. Dieser Verantwortung werden wir auch mit diesem Doppelhaushalt ganz sicher gerecht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die gesetzlichen, die politischen Weichenstellungen sind auch in der letzten Legislatur erfolgt, durch die Umsetzung des Volksbegehrens, durch unser Versöhnungsgesetz, durch die Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes. Wir unterstreichen dies mit einem kraftvollen Plus an Förderung.

Von 140 Maßnahmen, die wir festgelegt haben, sind 80 % bereits umgesetzt, und die restlichen 20 % werden wir auch mit der Unterstützung der finanziellen Mittel aus diesem Doppelhaushalt entsprechend umsetzen.

Wir investieren mit 220 Millionen Euro im Jahr ganz massiv in den Naturschutz und in die Landschaftspflege. Ich möchte da nur – wie es schon geschehen ist – den Vertragsnaturschutz herausgreifen, im Offenland, aber eben auch im Wald. Bei der Landschaftspflege sind es fast 35 Millionen Euro, und die gleiche Summe, noch mal 35 Millionen Euro, ist es im Moorschutz.

Dabei setzen wir auch ein ganz klares Signal für die Erlebbarkeit, dass man also die Naturschönheiten auch genießen kann, indem wir bei dem Aufbau der Einrichtungen der Naturparkzentren ein deutliches Plus hinzulegen und auch die Mittel für die Gebietsbetreuungen verstetigen, insbesondere in den Naturparks, aber auch entsprechend bei den so wichtigen Bereichen wie den bestehenden Biosphärenreservaten. Aber wir setzen auch bei unseren Landschaftspflegeverbänden einen deutlichen Akzent.

Wir wissen, dass die Natur Zeit braucht für die Entfaltung und dass der Erhalt und die Stärkung der Biodiversität ein langfristiger Prozess sind. Da werden wir in unseren Anstrengungen ganz sicher nicht nachlassen. Wir schützen und erhalten Bayerns einzigartige Natur und seine Artenvielfalt. Das ist unser Bekenntnis. Das ist unsere DNA und unser urkonservatives Anliegen. Das schlägt sich auch in diesem Doppelhaushalt nieder, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dies unterscheidet uns auch von der Bundesregierung. Wir stehen für eine Verständigung im Naturschutz, für einen kooperativen Ansatz im Naturschutz. Wir wissen, dass wir unsere Ziele im Natur- und Umweltschutz eben nur mit unseren Partnern, gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten, umsetzen können. Da brauchen wir einen Schulterschluss. Etwas für die Natur zu erreichen, funktioniert eben nur im Zusammenspiel aller Beteiligten und nicht im Gegeneinander, wie auch die grüne, ideologisierte Umweltpolitik der Bundesregierung zeigt, bei der immer nur ein Feindbild aufgebaut wird, anstatt auf Kooperation zu setzen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In diesem Zusammenhang wissen wir insbesondere auch, dass es erforderlich ist, manchmal bei Konflikten im Hinblick auf gewisse geschützte Tierarten einzugreifen. Das gilt für den Wolf, das gilt für den Fischotter, aber das gilt zum Beispiel auch für die Saatkrähen, bei denen wir uns auch dazu entschieden haben, die Mittel für das Management der Saatkrähen entsprechend auszubauen und zu stärken; denn wir wissen eben, dass wir zum Schutz unserer Landwirte, die natürlich besonders unter den Saatkrähen leiden, aber gerade auch in den urbanen Gebieten Lösungen anbieten müssen. Auch in diese Richtung geht ein kräftiges Signal von diesem Doppelhaushalt aus.

Im Bereich des Naturschutzes sind sicherlich auch die Maßnahmen für den Klimaschutz und die Klimaanpassung nicht wegzudenken. Für uns ist das auch der Dreiklang einer verlässlichen Politik, dass wir Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und soziale Verträglichkeit miteinander immer wieder betonen.

Bei der AfD ist das natürlich wie immer vorhersehbar. Es ist wie immer ignorant und immer wieder die gleiche Leier. Es ist letztendlich immer das Thema, dass der Klimawandel geleugnet wird. Ich sage ganz ehrlich eines: Wer nach dem vergangenen Wochenende immer noch die Klimaänderungen leugnet, der muss entweder blind sein oder der muss Tinte gesoffen haben. Anders kann man sich das nicht erklären.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich glaube, wir setzen hier mit fast 98 Millionen Euro und im nächsten Jahr mit 99 Millionen Euro ein starkes Signal. Wir unterstützen dadurch Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, stärken den kommunalen Klimaschutz, auch die Investitionen in die Initiative "Stadt.Klima.Natur". Auch die wasserwirtschaftlichen Vorhaben für Hoch- und Niedrigwasser, Dürre und Trockenheit finden hier ihren entsprechenden Niederschlag.

Der zweite große Bereich ist natürlich das Thema Wasser. Dass wir die langfristige Sicherstellung des Wasserschutzes und der Wasserversorgung für ganz Bayern erreichen wollen und dass das für uns höchste Priorität hat, ist eine klare Selbstverständlichkeit; nicht erst seit Fronleichnam und nicht erst seit dem vergangenen Wochenende. Dieser Haushalt unterstreicht wiederum, dass wir in den Bemühungen nicht nachlassen, dass wir hier weiter ansetzen, bei der Trinkwasserversorgung, beim Schutz des Wassers, auch als Lebensraum für Fische und andere Lebewesen, dass wir eine hervorragende Trinkwasserqualität weiterhin sicherstellen wollen, dass wir die Kommunen in Härtefällen mit unseren RZWas unterstützen, eben bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserentsorgung. Wir packen da auch noch mal 15 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich drauf und stocken auf 165 Millionen Euro auf.

Ich glaube, der gesamte Wasserbereich zeigt eben auch, wie hoch die Investitionsquote nicht nur im bayerischen Haushalt insgesamt ist, sondern gerade auch im Einzelplan 12. Wenn man da die Investitionsquote und die wasserwirtschaftlichen Vorhaben, die im Einzelplan 13 verortet sind, mit hinzunimmt, dann landen wir bei rund 37 % Investitionsquote. Das ist meines Erachtens etwas, was sich sehen lassen kann. Das unterstreicht die Bemühungen dieser Staatsregierung, die uns ganz klar vor Augen führt, was wichtig ist und was wir erreichen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das unterscheidet uns

(Florian von Brunn (SPD): Umgekehrt wird ein Schuh draus!)

eben auch vom Bund, der immer nur Strategien aufstellt, aber dann eben bei der Umsetzung ins Stocken gerät, und zwar in der gesetzlichen Umsetzung und insbesondere bei der finanziellen Ausstattung. Hier setzen wir bereits mit unserer Strategie "Wasserzukunft Bayern 2050", wo wir ganz gezielt Maßnahmen benennen und auch entsprechend finanziell unterlegen, einen ganz klaren Kontrapunkt.

Wir werden auch weiterhin kraftvoll investieren, insbesondere auch in den Hochwasserschutz. Wir haben es in den vergangenen 20 Jahren getan und werden es auch in den kommenden 20 Jahren ganz klar so fortsetzen. Wir werden auch beim Hochwasserschutz zusammen mit den Kommunen an einem Strang ziehen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, denken Sie an Ihre Redezeit, bitte.

Alexander Flierl (CSU): Das gilt für den technischen Hochwasserschutz, aber auch für die Sicherung von Retentionsräumen und beim Ausbau des Risikomanagements. Ich glaube, dieser Doppelhaushalt – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Alexander Flierl (CSU): Ich habe ja noch eine Zwischenbemerkung.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Richtig, die rufe ich auch gleich auf, dann gibt es wieder eine Minute.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. – Bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Flierl, meine Frage geht in die Richtung, was Sie schon angesprochen haben, und zwar geht es um die Zuwendung für wasserwirtschaftliche Vorhaben und deren Bedeutung sowie um die 15 Millionen Euro, die da bereits hineingeflossen sind. Was haben Sie angesichts der jetzigen Lage und der

dramatischen Unterfinanzierung gerade für den Bereich Sturzflutrisikomanagement und die Gewässer dritter Ordnung unternommen, damit diese Mittel jetzt noch einmal deutlich erhöht werden? Denn wenn wir beschleunigt weiterkommen wollen, dann müssen hier zusätzliche Mittel eingeplant werden. Ich kann nicht erkennen, dass das geschehen ist.

Alexander Flierl (CSU): Da kann ich Ihnen gerne Nachhilfe geben. Wir haben seit jeher ein entsprechendes Sturzflutrisikomanagement implementiert, wo wir ganz massiv auch die Kommunen unterstützen. Auch das Aufsetzen von Maßnahmen und Konzepten ist Teil der sogenannten RZWas. Das wird oft ein bisschen unterschlagen, weil man zumeist nur über Wasserleitungen oder Abwasserkanäle spricht. Wir unterstützen unsere Kommunen bei den RZWas, zum Beispiel auch bei der ökologischen Ausrichtung der Gewässer dritter Ordnung nach der Wasserrahmenrichtlinie. Da packen wir auch kraftvoll mit an. Ich kündige jetzt schon an: Wir werden dieses Förderprogramm weiter fortsetzen. Wir sind gewillt, das über dieses Jahr weiter fortzuführen, um auch da kraftvolle Signale zu setzen.

Ich bin überzeugt, dass dieser Doppelhaushalt zeigt, dass wir Politik für Natur, Umwelt und insbesondere für die natürlichen Lebensgrundlagen machen. Wir tun dies bei den wasserwirtschaftlichen Vorhaben, wir tun es bei Natur und Umwelt –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Minute ist jetzt auch um.

(Heiterkeit)

Alexander Flierl (CSU): – und werden unsere kraftvollen Anstrengungen weiter fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächsten Redner rufe ich auf: Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

(Patrick Friedl (GRÜNE) schenkt sich ein Glas Wasser ein – Florian von Brunn (SPD): Wassercent!)

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich stehe unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Tage und erwähne es auch jetzt noch einmal. Unser herzlicher Dank gilt den Helferinnen und Helfern vor Ort, die seit Tagen bis zur Erschöpfung ihre Mitmenschen in Notlagen unterstützen. Unsere Gedanken sind bei den Betroffenen und den Opfern der Flutkatastrophen, und wir hoffen, dass weitere Vermisste gerettet werden können.

Wieder müssen Menschen in Bayern erleben, wie bedrohlich Hochwasser sein kann. Es kann das Lebenswerk ganzer Generationen zerstören, und es gefährdet Leben. Menschen kommen in den Wassermassen um.

Durch die Klimaüberhitzung werden Starkregenereignisse mit Überschwemmungen leider immer häufiger. Deshalb muss Vorsorge oberstes Ziel von Politik sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Hochwasserschutz der Staatsregierung fokussiert sich auf Großprojekte wie Polder, die teuer und sehr langwierig in der Umsetzung sind, wie wir erleben. Viel stärker müsste der Fokus auf ökologischen Hochwasserschutz und die Sturzflutvorsorge in der Fläche sein. Jeder Liter Wasser, der zurückgehalten wird, vermindert Hochwasserrisiken.

Konkrete Gefährdungssituationen müssen vor Ort identifiziert werden, wir brauchen Starkregengefahrenkarten und Sturzflutmanagementkonzepte für alle potenziell gefährdeten Orte. Hier muss der Freistaat endlich aktiv werden. Es hat zweieinhalb Jahre gedauert, bis die Sturzflut-Hinweiskarten endlich veröffentlicht wurden. Wir haben sehr viel Druck dahinter gelegt. Warum wurde die Zeit nicht wenigstens dafür genutzt, um diese Karten für alle gefährdeten Kommunen aufzubereiten und sie jetzt zum Handeln aufzufordern? Sturzflutvorsorge darf kein Zufallsprodukt bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dem vom Pfingsthochwasser betroffenen Saarland haben bereits vier Fünftel der Kommunen im Land Hochwasser- und Sturzflutvorsorgekonzepte auf den Weg gebracht. Davon ist Bayern meilenweit entfernt. Auch eine konsequente Förderung der Umsetzung der wenigen bestehenden Sturzflutkonzepte gibt es in Bayern nicht. Hier werden die Kommunen im Regen stehen gelassen.

Die Klimaanpassungen und auch der Klimaschutz sollten längst Pflichtaufgabe für Kommunen in Bayern sein, aber entsprechende Anträge von uns haben Sie von den Regierungsfractionen stets abgelehnt, was in Ihre Logik auch passt; denn ansonsten müssten Sie die Kommunen finanziell erheblich besser ausstatten und den Umweltaushalt deutlich erhöhen, und das wollen Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Hitzewellen nehmen in Bayern zu. In extrem heißen Sommern sterben laut Ärztekammer in Deutschland mehr Menschen als im Straßenverkehr. Mit nicht einmal 300.000 Euro wurden bisher kommunale Hitzeaktionspläne gefördert, und auch hier gibt es keinen echten Aufwuchs.

Der gesamte Klimaschutz- und Klimaanpassungsetat des Umweltministeriums liegt bei weniger als 100 Millionen Euro. Das ist viel zu niedrig. Zum Vergleich: Der Etat für Staatsstraßen liegt im Jahr 2024 immer noch bei 500 Millionen Euro. Auch beim Moorschutz geht in Bayern kaum etwas voran. Noch immer warten über 200.000 Hektar entwässerte Moore dringend auf die Wiedervernässung. Bis zu 6 Millionen Tonnen CO₂ werden so jährlich zusätzlich freigesetzt. Dabei wären die Moore unsere natürlichen Klimaschutzschatzkammern. Wo bleibt der koordinierte Moorschutz? Warum richtet Bayern nicht endlich mit Unterstützung des Bundes eine Moorschutzagentur ein wie Mecklenburg-Vorpommern, die uns das vorgemacht haben?

(Zuruf)

Stattdessen verzettelt sich Bayern mit einzelnen befristeten Stellen in den Regionen, bei denen Ihnen die Leute oft bald wieder abspringen. Moorschutz ist Daueraufgabe. Entfristen Sie die Stellen, begründen Sie eine Moorschutzagentur, und entfesseln Sie den Moorschutz in Bayern endlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Herr Minister Glauber, erneut schrumpft inflationsbereinigt Ihr Umwelthaushalt, und das Ergebnis preisen Sie alle hier, und das, obwohl die Aufgaben bei Klimaanpassung, Klimaschutz, Moorschutz, Wasserschutz, beim Arten- und Lebensraumschutz stetig wachsen. Sie haben es längst selbst erkannt: Im letzten Herbst haben Sie für den Wasserschutz 540 Millionen Euro jährlich mehr gefordert. Davon findet sich in diesem Haushalt so gut wie nichts. Gerade jetzt hätten Sie endlich mindestens für den beschleunigten Hochwasserschutz mehr durchsetzen müssen.

Was muss eigentlich noch passieren, damit Sie die Kommunen wirksam unterstützen, die die Hauptlast der Klimaschäden tragen? Jetzt wird der Haushalt schon so spät im Jahr eingebracht. Warum handeln Sie nicht in dieser Woche?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen unverantwortlichen Haushalt lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat der Staatsminister Thorsten Glauber um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen hätte ich meine heutige Rede mit dem Hinweis auf die Verbraucherschutzministerkonferenz in Regensburg, die nächste Woche stattfindet, begonnen und den Begriff

"An der schönen blauen Donau" verwenden dürfen. "An der schönen blauen Donau" ist jetzt natürlich Geschichte.

Die Einsatzkräfte – damit möchte ich ebenfalls beginnen – haben in den letzten Tagen Übermenschliches geleistet. Die Blaulichtfamilie und vor allem die Bürgerinnen und Bürger in Bayern haben Unglaubliches geleistet.

Schaut man sich einmal die Nacht von Mittwoch auf Donnerstag an: Donnerstag war in Bayern Fronleichnam, ein Feiertag. Diese kluge Entscheidung, Mittwochnacht die Landkreise in Schwaben, im Allgäu zu informieren, damit sie sich auf dieses Starkregenereignis vorbereiten, war bei all den Schäden, die entstanden sind, gewinnbringend. Es war wichtig, dass die Feuerwehren und Krisenstäbe bereits an Fronleichnam, an diesem Feiertag, getagt haben, sodass man im Prinzip die Zeit genutzt hat, um sich auf das vorzubereiten, was dann passiert ist. Am Ende sind in gewissen Teilen des Allgäus und in gewissen Ortschaften binnen 24 Stunden 200 Liter und mehr an Niederschlag runtergekommen. Man hat also eine Badewanne auf einen Quadratmeter ausgekippt, und das im Allgäu. Das Allgäu ist eigentlich ein Stück weit bei Hochwasser stabil, das Allgäu ist eigentlich der Schwamm, das Allgäu ist eigentlich aufnahmefähig. Aber der Mai hat enorm viel Regen gebracht, und dieser starke Regen im Mai hat die Böden gesättigt. Damit war pro Quadratmeter eine Badewanne ausgekippt, und das über das ganze Allgäu verteilt. Auch in Baden-Württemberg hat das zu einer enormen Herausforderung geführt. Diese enorme Herausforderung haben auch die Gewässer dritter und zweiter Ordnung am Ende nicht mehr stemmen können.

Es hat gezeigt, dass Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem Klimazuschlag, HQ100 plus Klimazuschlag, ein 200-jährliches Hochwasser abkönnen müssen. Diese Maßnahmen haben funktioniert. Diese Maßnahmen haben gehalten, und diese Maßnahmen haben am Ende Schutz gebracht. Aber wenn solche Wassergewalten über Süddeutschland kommen, dann sind die Herausforderungen enorm und wir werden am Ende alle damit leben müssen. Diese Starkregenereignisse werden in den nächsten Jahren weiter zunehmen und stärker werden.

Deshalb gilt noch einmal mein großer Dank den Einsatzkräften und allen, die mitgeholfen haben. Wir haben eine große Solidarität der Nachbarschaft gesehen. Auch gilt der Dank unserer Bundeswehr, die ebenfalls vor Ort war. Ich sage auch einen herzlichen Dank an alle, die in der Politik Verantwortung getragen haben. Ich habe in den letzten Tagen viele Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Kreisbrandrätinnen und Kreisbrandräte getroffen, die nur wenige Stunden geschlafen haben; sie haben sich oftmals nur zwei Stunden hingelegt. Das ist eine enorme Leistung. Ich muss sagen, da hat Bayern wieder einmal gezeigt, was Bayern kann. Es hat sich gezeigt, dass diese Blaulichtfamilie zusammenhält, dass die Rettungskräfte ein Team bilden. Dafür haben sie noch einmal einen riesigen Applaus verdient.

(Allgemeiner Beifall)

Unsere Gedanken sind natürlich auch bei den Hinterbliebenen und Familien der Verstorbenen und Vermissten. Wer im Dienst, im Einsatz für die Nächsten sein eigenes Leben riskiert, der ist eben bei der Freiwilligen Feuerwehr. Das bedeutet, abends um zwei Uhr in ein Boot zu steigen. Das bedeutet, bei Dunkelheit nicht zu wissen, welche Gefahr als Nächstes lauert. Das muss einem auch klar sein. Oft gehen die Piepser nachts um zwei oder drei Uhr. Am Ende sitzt man in einem Auto oder in diesem Fall in einem Boot, und die Herausforderung wächst und wächst. Dafür sind unsere Gedanken bei den Familien. Noch einmal ein großer Dank für dieses unglaubliche Engagement!

Unser Haushalt, der Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums, hat ein Volumen von 1,23 Milliarden Euro und hat gegenüber 2019 eine Steigerung von 30 % zu verzeichnen. Er hat eine enorm hohe Investitionsquote, die höchste Investitionsquote innerhalb der Staatsregierung mit knapp 40 %. Das zeigt, dass wir die Themen sehr ernst nehmen. Die Themen Wassersicherheit und Wasserzukunft Bayern sind zentral bei uns in der Wasserwirtschaft; es wurde bereits angesprochen. Von 1,2 Milliarden fließen 400 Millionen, also ein Drittel des Haushaltes des Umweltminis-

teriums, in die Wasserwirtschaft. Wir haben seit 2000 im Freistaat Bayern 4 Milliarden, das sind 4.000 Millionen, in den Hochwasserschutz investiert. Es gibt kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das nur annähernd mit einer solchen Summe aufwarten kann, um am Ende die Kommunen, aber auch die Bürgerschaft vor Hochwassergefahren zu schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit unserem Aktionsprogramm "PRO Gewässer 2030" werden wir in den nächsten Jahren bis 2030 2 Milliarden Euro investieren. Allein nur der staatliche Wasserhaushalt ist von 2018 – auch das ist abgefragt worden – bis 2023 um 60 Millionen gestiegen und hat damit mehr an Hochwasserschutz gebracht. Aktuell haben wir 150 Maßnahmen in der Planung oder Umsetzung, die bei über 1 Million an Investitionen liegen. Der HQ100-Schutz plus Klimazuschlag ist unsere Basis.

Es wird immer die Frage gestellt, was wir alles machen. Wir investieren am Gewässer dritter Ordnung. Wer in der kommunalen Familie zu Hause ist, der weiß, dass das Gewässer dritter Ordnung eigentlich das klassische kommunale Gewässer ist. Das ist die Aufgabe der Gemeinde. Herr Kollege Friedl, Sie sprechen immer davon, in der Fläche Hochwasserschutz zu betreiben. Ja, das wäre eigentlich eine originäre Aufgabe der Kommunen am Gewässer dritter Ordnung. Nein, der Freistaat Bayern findet sich als Partner. Wir haben ein eigenes Programm, das zwischen 70 und 90 % an Förderung bringt, damit am Gewässer dritter Ordnung in Partnerschaft mit der Kommune nicht nur Landschaftswasserhaushalt gebildet, sondern auch Hochwasserschutz betrieben werden kann. Wir machen das am Gewässer dritter Ordnung und am Gewässer zweiter Ordnung. Wir machen es am Ende auch an den Gewässern erster Ordnung, wie Inn, Donau, Lech.

Aber wir machen auch Flutpolder. Wir gehen nicht nur auf die Renaturierung. Wir machen auch die Maßnahmen für HQextrem. Ich bin froh, dass wir am Ende eine klare Linie innerhalb der Staatsregierung haben. Wir haben uns zu diesem Flutpolderpro-

gramm bekannt. Wir haben im Prinzip einen Flutpolder in Riedensheim fertig. Bei der Öberauer Schleife kann im Prinzip bald der Spatenstich erfolgen. Der Planfeststellungsbeschluss steht kurz bevor. Bei den anderen Flutpoldern an der Donau sind wir im Verfahren. An der Iller beispielsweise hat der Flutpolder Weidachwiesen seinen Dienst getan. Deshalb sei allen, die behaupten, der Freistaat Bayern stehe nicht zu seinen Flutpoldern, gesagt, diese Staatsregierung tut das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben in den letzten Jahren den Schutzgrad HQ100 plus Klimazuschlag für 565.000 Menschen an Gewässern in Bayern geschaffen. Wir haben 1.300 Kilometer und 2.700 Hektar renaturiert. Wir haben 73 Kilometer Deiche rückverlegt. Wir haben 40 Kilometer Flutmulden geschaffen. Wir haben 300 Rückhaltebecken geschaffen. Wir haben einen Retentionsraum in der Größenordnung von 26 Millionen Kubikmetern geschaffen. Wir haben all das getan, um am Ende des Tages den neuen Gefahren und Herausforderungen durch Starkregen und Hochwasser zu trotzen. Dennoch wird es nie eine hundertprozentige Sicherheit geben. Die gibt es bei vielen Dingen im Leben nicht und auch nicht bei Starkregenereignissen.

Wir rüsten uns. An der Donau hat man sich nach den Hochwasserereignissen der Jahre 2013 und 2016 klar dazu bekannt, die Donau stark zu machen, die damals vielleicht einen HQ5- oder HQ10-Schutz hatte. Man hat sich entschieden, diesen Schutz zu erhöhen. Diese Investition beläuft sich aktuell auf 600 Millionen Euro. Der Schutz ausbau ist zwischen Straubing und Deggendorf bereits erfolgt. Jetzt geht es darum, dass uns das Bundesverkehrsministerium mit dem Bundesverkehrsminister die Möglichkeit gibt, dass wir an der Donau weiterbauen können. Wir wollen den nächsten Abschnitt realisieren. Wir wollen von Deggendorf bis Vilshofen weiterkommen, um diese Maßnahme abzuschließen. Die Notwendigkeit können alle bestätigen, die aus Niederbayern kommen und die Ereignisse von damals noch vor Augen haben. Wir müssen tatsächlich bei diesem Schutz, den wir versprochen haben, vorankommen.

Die Bundesumweltministerin möchte jetzt ein neues Nationales Hochwasserschutzprogramm und ein Gesetz auflegen. Ich muss ehrlich sagen, dass ich aktuell eigentlich kein neues Hochwasserschutzgesetz bräuchte. Was mir helfen würde, ist keine Reduzierung der nationalen Hochwasserschutzmittel. Im Jahr 2024 funktioniert das noch. Für das Jahr 2025 hat der Bund im Nationalen Hochwasserschutzprogramm die Mittel drastisch gekürzt, und zwar um 50 %. Diese Kürzung um 50 % tut uns richtig weh. Ich brauche kein neues Gesetz, ich brauche einfach eine Verlässlichkeit in der Finanzierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben uns klar dazu bekannt – ich freue mich, dass auch das Kabinett darüber beraten hat und aus den Regierungsfractionen die Unterstützung gekommen ist –, dass wir versuchen, eine Elementarpflichtversicherung zu schaffen, um am Ende Menschen dort, wo sie vielleicht gar nicht versichert werden können, ein Stück weit Schutz und Rückhalt zu geben.

Wir sind beim Thema Wasserversorgung, für Wasser und Abwasser verlässlicher Partner der kommunalen Familie. Sie haben heute schon gehört, dass wir beim Thema RZWas auch in Zukunft als Koalitionäre weitergehen werden. Die Kommunen können sich auf uns verlassen. Aktuell investieren wir 183 Millionen Euro für Frischwasserversorgung und Abwasserentsorgung und sind damit immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Wir versuchen, dass diese gute Wasserversorgung weiterhin besteht und dass dieser Solidargedanke, dass Wasser zu einem fairen Preis aus jedem Wasserhahn in Bayern kommt, weiterhin getragen wird. Dafür und für die große Unterstützung bei den RZWas herzlichen Dank an die beiden Regierungsfractionen. Das hilft den Kommunen enorm.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir schaffen öffentliche Trinkbrunnen. Wir werden 5 Millionen Euro in die überregionalen Fernwasserversorgungen investieren für Konzeptionen, um am Ende dieses – ich sage mal – redundante System auch aus den Mitteln der RZWas zu unterstützen.

Auch das Thema Messstellen wurde angesprochen. Ich habe im Prinzip bei dem Thema Messstellen ein nicht leichtes Erbe antreten dürfen. Man hat sehr wenige Messstellen in Bayern gehabt. Die Zusage ist, dass wir 1.500 Messstellen in Bayern bauen werden. Kolleginnen und Kollegen, auf diese 1.500 Messstellen können sich die Landwirte verlassen. Diese 1.500 Messstellen wird es am Ende dieses Jahres geben. Dazu stehe ich, dazu stehen wir als Umweltministerium, als Wasserwirtschaft.

Ich glaube, dass diese Investition, die wir noch einmal mit 15 Millionen Euro verstärken, richtig ist. Der Ausbau der Messstellen ist richtig. Wir haben die Überprüfung vor Gericht in vier Verfahren klar gewonnen, sprich diese Messstellen und die Ausweisung sind in Ordnung. Diese Gerichtsverfahren muss man erst einmal gewinnen. Das zeigt die hervorragende Arbeit, die da geleistet wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Klar ist auch, dass wir im Flächenland Bayern am Ende des Tages, auch wenn wir 1.500 Messstellen haben, nie im Leben das einzelne Feld freimessen können. Wer dem nachgeht, wird am Ende jedem Landwirt Unrecht tun. Wir brauchen endlich Stickstoffsalden. Seitdem ich Umweltminister bin, werbe ich für Stickstoffsalden, die Hoftorbilanz, die betriebliche Betrachtung. Das macht das Wirtschaften auf dem Feld für alle einfacher, als immer wieder zu messen, messen, messen. Wir brauchen das, und dieser Forderung muss jetzt auch der Bundeslandwirtschaftsminister Rechnung tragen. Wir brauchen im Prinzip diese Anstrengungen. Dann wird es am Ende innerhalb der Landwirtschaft deutlich gerechter, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir investieren in das Thema "Klimawandel meistern und Klimaschutz". Wir investieren in den Artenschutz. Wir arbeiten aktuell an der Umsetzung des Wassercents. Wir stärken den Landschaftswasserhaushalt. Wir investieren tatsächlich in die Wiedervernässung von Mooren.

Kollege Friedl, natürlich kann man am Ende des Tages immer sagen, dass die Vernässung zu langsam vor sich geht. Der Freistaat Bayern, das Umweltministerium, hat im aktuellen Haushalt über 20 Millionen Euro eingestellt. Wir haben draußen die Programme gestartet; wir haben die Beratungen. Aber auch Sie wissen, dass man am Ende dafür alle Flächeneigentümer gewinnen muss. Man kann erst dann vernässen, wenn alle dabei sind. Diese Anstrengungen laufen, und es sind tatsächlich in diesem Jahr schon die ersten Moore wiedervernässt worden. Diese Anstrengungen zahlen sich aus. Auch da herzlichen Dank für die Arbeit und für den gelebten Klimaschutz, der damit einhergeht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir stehen zum Begleitgesetz des Volksbegehrens. Das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium – beide – geben 70 Millionen Euro für den Natur- und Umweltschutz aus. Wir haben jetzt inzwischen die Rekordzahl von 165.000 Hektar im Vertragsnaturschutzprogramm, und die Kollegin Kaniber hat dies begleitend im Kulturlandschaftsprogramm.

Wir sind in Bayern mit inzwischen 71 Landschaftspflegeverbänden top aufgestellt. Von diesen 71 Landschaftspflegeverbänden habe ich selber in meiner Amtszeit 12 neue gegründet. Das ist die Partnerschaft aus kommunaler Familie, Landwirtschaft und Naturschutz. Dort, wo Landschaftspflegeverbände gemeinschaftlich auf den Flächen Bayerns arbeiten, ist es segensreich. Danke für diese Arbeit. Danke schön auch für die Unterstützung unserer Landschaftspflegeverbände hier in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum Ländervergleich: Wir haben zwei Nationalparke; davon ist einer – der Bayerische Wald – über 50 Jahre alt. Wir haben ein nationales Naturmonument, zwei Biosphärenreservate und 19 Naturparke. Ich war erst auf der Jahrestagung der Naturparke. Es gibt kein anderes Bundesland, das Naturparkzentren finanziert, das eine Pauschale für die Naturparke für Investition und Unterhalt finanziert und das die Rangerinnen und Ranger bezahlt. Da sind wir einmalig. Das zeigt natürlich auch, dass wir nicht nur an die ganz großen Schutzeinrichtungen oder an die Nationalparke denken, sondern auch an die Naturparke, die Sie direkt vor Ort erleben. Jeder von uns als Abgeordneter hat seinen eigenen Naturpark zu Hause. Das ist letztendlich der Erholungsbereich für unsere Bürgerinnen und Bürger. Da ist der touristische Aspekt. Da ist der Aspekt der Naherholung. Da ist aber auch der kulturelle und kulinarische Aspekt. Man muss sagen, dass wir als Freistaat Bayern dafür in den letzten Jahren investiert haben. Damit können wir uns gut sehen lassen. Danke schön für diese Unterstützung.

Wir haben 65 Umweltbildungsstationen. Aktuell investieren wir in die Umweltbildung und ins Kloster Benediktbeuern. Durch den Hagelschaden letztes Jahr ist dieses Kloster in Mitleidenschaft gezogen worden. Ich sage herzlichen Dank für die Unterstützung. Wir werden auch dort vorankommen.

Wir digitalisieren die Veterinärverwaltung. Das ist seit vielen Jahren ein großer Wunsch. Wir haben letztendlich die Fleischhygienegebühren abgesenkt. Wir sind das einzige Bundesland von 16 Bundesländern, das durch Absenkung der Fleischhygienegebühren die ortsnahen Metzgerinnen und Metzger unterstützt, damit am Ende des Tages regionale Schlachtungen stattfinden. Das haben viele andere Länder probiert. Bayern hat es hinbekommen. Auch dafür danke schön an die Kolleginnen und Kollegen des Ministeriums, dass sie dies in einer hervorragenden Art und Weise gemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben mit eCERT Bayern im Prinzip die Zettelwirtschaft in der Exportwirtschaft, was den Lebensmittelhandel angeht, digitalisiert.

(Unruhe)

Die Abschussprämie in Zusammenhang mit der ASP ist angesprochen worden. Seit 2018 schaffen wir es dank der tollen Leistung unserer Jägerinnen und Jäger und der Abschussprämie tatsächlich, Bayern bisher frei von ASP zu halten. Auch da muss ich sagen: Danke schön an die, die draußen immer wieder als Jägerinnen und Jäger –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Liebe Kollegen, bitte etwas mehr Ruhe. Danke.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): – auf die Schwarzwildjagd gehen, um Bayern zu schützen.

Die Tierheime wurden angesprochen. Die Tierheime sind eine kommunale Aufgabe, aber der Freistaat Bayern unterstützt sie. Wir haben gerade die Förderkriterien, die die Baumaßnahmen innerhalb der Tierheimförderung betreffen, noch mal neu aufgestellt, damit die Tierheime deutlich besser zugreifen können.

Wir investieren in die Personalgewinnung.

(Anhaltende Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Minister, ich muss Sie ganz kurz unterbrechen. – Bitte etwas mehr Ruhe. Das ist jetzt heute die letzte Rede. Das werden wir noch hinbekommen. Danke.

(Zuruf: Fünf Minuten überzogen!)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Danke schön, Herr Präsident. – Wir investieren in die Personalgewinnung des Umweltministeriums.

In der Gewerbeaufsicht investieren wir 1 Million Euro und schaffen 8 neue Stellen. Damit schützen wir natürlich auch die Qualität heimischer Produkte.

Die Reparatur-Cafés wurden angesprochen. Das ist eine kleine Maßnahme; aber sehr viele Tüftler und begeisterte Menschen schaffen es damit, Produkte, die man lieb gewonnen hat, wieder alltagstauglich zu machen.

Sie sehen, mit dem Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums ist es wieder gelungen, die ganze Bandbreite der Gesellschaft abzubilden. Wir stehen für ein gutes Bayern. Ein ehrlicher Haushalt wurde vorgeschlagen. Ich sage herzlichen Dank an die Verhandlerinnen und Verhandler. Ich sage herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Umwelt- und dem Haushaltsausschuss. Ich sage herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzministerium und an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Umwelt- und Verbraucherschutzministerium, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dafür zeichnen. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 12. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Minister Glauber von den FREIEN WÄHLERN, Sie sind für mich der grünste Minister, den Bayern jemals hatte. Sie springen über jedes Stöckchen von den GRÜNEN. Das zeigen Sie, wenn es um den Klimawandel oder auch das Thema Wassercent geht. Sie haben hier eindrucksvoll dargelegt, wie viel Steuergeld für Wasser ausgegeben wurde. 400 Millionen Euro sind im jetzt vorliegenden Doppelhaushalt vorgesehen. 4 Milliarden Euro sind für den Hochwasserschutz vorgesehen. Jetzt kommen Sie daher und sprechen vom "Wassercent". Das ist kein "Wassercent", sondern das sind 50 bis 150 Euro pro Haushalt, die auf jeden Bürger zukommen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Quatsch!)

Übrigens sind Sie von den FREIEN WÄHLERN sich hier mit allen anderen Parteien außer der AfD einig: Sie wollen dieses Geld haben.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Meiner Meinung nach ist dieser Wassercent nicht notwendig. Wir haben doch bisher gutes Wasser, oder etwa nicht? Meine Frage lautet: Wann hören Sie auf, immer neue Steuern zu erheben?

(Klaus Holetschek (CSU): Wie lang darf der denn reden? Mikrofon abschalten!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wann macht man darauf aufmerksam, dass wir schon genug Umweltschutz haben und keine zusätzlichen Steuern mehr brauchen?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Lieber Kollege Hahn, ich glaube, Mathematik war nicht Ihr stärkstes Fach.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mathematik war nicht Ihr stärkstes Fach, oder Sie kennen den Verbrauch in Bayern nicht. Wenn Sie den Verbrauch eines Bürgers in Bayern kennen würden und auf 150 Euro für den Verbrauch je Bürger kommen, was Sie gerade behauptet haben, dann müssen Sie mir mal erklären – –

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): "Haushalt" habe ich gesagt!)

– Pro Haushalt? – Auch dann ist es schwierig mit dem Rechnen. Was ist denn Ihr Haushalt?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wann kommt denn Ihr Wassercent?)

Lieber Kollege Hahn, Sie rechnen mit einem Cent-Betrag, der dann im Euro-Bereich liegt. Wenn Sie mit einem Cent-Betrag im Euro-Bereich rechnen, dann muss ich Ihnen vorhalten: Entweder können Sie nicht rechnen, oder Sie kennen die Verbräuche der Haushalte nicht. Stellen Sie bitte nur Fragen, wenn Sie sich auskennen. Dann können Sie Fragen stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Christian Hierneis von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Hierneis (GRÜNE): Sehr geschätzter Herr Staatsminister, ich habe drei kurze Fragen, die ganz kurz zu beantworten sind. Wie viel der von Ihnen genannten Gelder für die Wasserwirtschaft fließt denn tatsächlich nur in den ökologischen und nicht in den technischen Hochwasserschutz? Wie viele Stellen für die Wasserwirtschaftsämter schaffen Sie im Doppelhaushalt? Sind alle befristeten Stellen in den Wasserwirtschaftsämtern inzwischen entfristet bzw. wie viele davon?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Wir haben aktuell in der Wasserwirtschaft kw-Vermerke, also befristete Stellen, für 75 Kolleginnen und Kollegen. Der Betrag für die Förderung der kommunalen Familie für Gewässer dritter Ordnung liegt bei knapp 20 Millionen Euro. Die dritte Frage lautete wie?

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Neue Stellen? – Wir haben gar keine neuen Stellen in der Wasserwirtschaft geschaffen. Ich versichere Ihnen: Es ist aktuell so, dass Sie nicht einmal jede Stelle einfach besetzen können. Wenn Sie in einem technischen Beruf eine Stelle besetzen wollen, kann es sein, dass sie die Stelle sogar viermal ausschreiben müssen und dann immer noch nicht besetzen können, weil kein geeignetes Personal zu finden ist. Manches technische Personal steht einfach nicht zur Verfügung.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wir alle in diesem Haus müssen dafür werben, dass wieder mehr Menschen technische Berufe ergreifen, damit diese Stellen in Zukunft nicht vakant bleiben und wir diese Stellen besetzen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1241 mit 19/1276 und 19/1278 mit 19/1301, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2068 sowie der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/2266.

Ich lasse zunächst über die drei Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen. Die Abstimmungen werden elektronisch durchgeführt.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung" auf Drucksache 19/1243 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:55 bis 20:58 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts" auf Drucksache 19/1246. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt diesmal zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:59 bis 21:01 Uhr)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Maßnahmen für den übergreifenden Wasserschutz, wassersensiblen Landschaftsschutz und wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung" auf Drucksache 19/1249. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt hier ebenfalls zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 21:01 bis 21:03 Uhr)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, fahren wir fort mit der einfachen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Kampf gegen Algenplage am Altmühlsee" auf Drucksache 19/2266.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Gegenstimmen? – Gibt es nicht. Enthaltungen? – Keine. Somit ist der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Ich warte jetzt ganz kurz, bis die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen vorliegen und wir weitermachen können.

(Unterbrechung von 21:04 bis 21:05 Uhr)

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung" auf Drucksache 19/1243, haben 39 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein haben 118 Abgeordnete gestimmt, 0 Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 28)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts" auf Drucksache 19/1246 gab es 39 Ja-Stimmen, 119 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 29)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Maßnahmen für den übergreifenden Wasserschutz, wassersensiblen Landschaftsschutz und wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung" auf Drucksache 19/1249 gab es 38 Ja-Stimmen, 119 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 30)

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/2068 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen sowie den Änderungen aufgrund des soeben beschlossenen zum Plenum eingereichten Änderungsantrags auf Drucksache 19/2266 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte auf die gleiche Weise anzeigen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den soeben beschlossenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 31)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgenden Beschluss vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Gibt es nicht. Enthaltungen? – Ebenso nicht. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2068, weise ich darauf

hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1276 und 19/1278 mit 19/1301 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Mir liegen keine weiteren Tagesordnungspunkte vor. Die Sitzung ist beendet. Ihnen allen einen schönen Abend. Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 21:07 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung (Kap. 12 04 Tit. 883 75) (Drucksache 19/1243)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Bötl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig	X		
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef			
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra			
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	39	118	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts (Kap. 12 09 neuer Tit.) (Drucksache 19/1246)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Bötl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig	X		
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef			
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra			
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	39	119	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Maßnahmen für den übergreifenden Wasserschutz, wassersensiblen Landschaftsschutz und wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung (Kap. 12 77 neue TG) (Drucksache 19/1249)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert		X	
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Börtl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig	X		
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef			
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra			
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	38	119	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Reparaturbonus für Verbraucher
(Kap. 12 03 neuer Tit.)
Drs. 19/1241
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes und der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 19/1242
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 Tit. 883 75)
Drs. 19/1243
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Angemessene Ausstattung der Tierheime
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 19/1244
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ultrafeinstaubmessungen für den Standort Flughafen München
(Kap. 12 09 Tit. 812 04)
Drs. 19/1245

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 19/1246
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Notwendiger Hochwasserschutz in der südlichen Oberpfalz
(Kap. 12 77 Tit. 780 00)
Drs. 19/1247
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025
hier: RZWas-Härtefallförderung für die Sanierung der öffentlichen
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Kommunen aufstocken
und dem Bedarf anpassen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97)
Drs. 19/1248
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Maßnahmen für den übergreifenden Wasserschutz, wassersensiblen
Landschaftsschutz und wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung
(Kap. 12 77 neue TG)
Drs. 19/1249
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Mehr Souveränität für Verbraucher in Bayern –
Verbraucherschutzorganisation personell und vor Gericht stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 19/1250
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bürgerwillen respektieren – Bayerns Artenvielfalt wieder aufblühen lassen
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 19/1251
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen –
Handlungsfähige Tierheime garantieren
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 19/1252

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Ausbau und Modernisierung von Tierheimen voranbringen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 19/1253
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern erhalten – Umweltforschung stärken
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 19/1254
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Kontrollbehörden stärken
(Kap. 12 24 Tit. 422 01)
Drs. 19/1255
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bayerns Wasserzukunft personell absichern – Wasserwirtschaftsämter stärken
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 19/1256
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Mehr Klarheit für Bayerns Landwirte – Ausbau der Grundwassermessstellen absichern
(Kap. 12 77 Tit. 784 78)
Drs. 19/1257
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bayerns Wasserzukunft ökonomisch absichern – Wassercent einführen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 19/1258
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 12 02 Tit. 533 49)
Drs. 19/1259

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 12 02 Tit. 701 11)
Drs. 19/1260
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 19/1261
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 19/1262
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschüsse für Bildungsvorhaben BNE und UB der staatlich anerkannten Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 19/1263
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schaffung eines Labels zur Kennzeichnung von Lebensmitteln mit Insektenbestandteilen
(Kap. 12 03 neuer Tit.)
Drs. 19/1264
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 19/1265
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, insbesondere Klimapolitik, -dialog und allgemeine Klimaforschung
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 19/1266

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Umweltauswirkungen eines Embargos von russischem Gas ermitteln
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 19/1267
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Umweltwirkungen von Freiflächenphotovoltaik untersuchen
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 19/1268
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Studie zu Nitrateinträgen aus nichtlandwirtschaftlichen Quellen
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 19/1269
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: NOx-Emittenten und Grenzwerte neu bewerten
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 19/1270
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Landfill mining
(Kap. 12 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
Drs. 19/1271
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 19/1272
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schaffung einer Bayerischen Taskforce Tierseuchenbekämpfung
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 19/1273
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Landesamt für Energie und Klimaschutz
(Kap. 12 09 TG 85)
Drs. 19/1274

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn,
Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Fischaufstiegsanlagen an Wasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 19/1275